

Rohde, Carsten

Article — Digitized Version

Strukturwandel und staatliche Sanierungspolitik in der Textilindustrie

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Rohde, Carsten (1979) : Strukturwandel und staatliche Sanierungspolitik in der Textilindustrie, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 59, Iss. 5, pp. 238-242

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/135317>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Bedingung (7) verhindert, daß das irische Pfund gegenüber den anderen Währungen außer der DM weit genug vom Leitkurs abweichen kann, um die Abweichungsschwelle zu überschreiten. In unserem konkreten Fall läßt sich die Abweichung des irischen Pfundes berechnen, wenn wir vereinfachend davon ausgehen, daß die DM gegenüber den anderen Währungen außer dem irischen Pfund 75 % der Bandbreite erreicht hat. Dann folgt aus (7):

$$(8) W_{2j}^M = \frac{W_{1j}^L(1-0,75a)}{W_{12}^L(1-a)} = W_{2j}^L \frac{1-0,75a}{1-a}$$

$$(9) W_{2j}^M = 1,005754 W_{2j}^L$$

Die bilateralen Marktkurse des irischen Pfundes weichen von den Leitkursen der restlichen Währungen nur um 0,575 % ab. Die Abweichung seines ECU-Marktkurses vom ECU-Leitkurs beträgt dann folglich 1,12 %. Dieser Wert liegt unterhalb des Wertes der Abweichungsschwelle, die bei einer 1,67%igen Abweichung erst erreicht wird. Damit ist gezeigt, daß selbst im ungünstigsten Fall zwei Währungen nicht gleichzeitig die obere bzw. untere Abweichungsschwelle überschreiten können.

STRUKTURPOLITIK

Strukturwandel und staatliche Sanierungspolitik in der Textilindustrie

Carsten Rohde, Essen

Stehen regionalpolitische Erwägungen oder viele Arbeitsplätze auf dem Spiel, ist der Staat nur allzuoft bereit, malade Unternehmen vor dem Zusammenbruch zu retten. Nicht immer haben diese staatlichen Sanierungsanstrengungen jedoch Erfolg, wie das jüngste Beispiel „Beton- und Monierbau“ zeigt. In Ergänzung zu unserem Zeitgespräch über Subventionspolitik ein wohl typisches Beispiel für die Mechanismen: die Textilindustrie.

Die Textilindustrie befindet sich im Umbruch, in einem Prozeß der Umstrukturierung hin zu einer kapitalintensiven Fertigung. Die Ursachen hierfür sind: die Entwicklung der Binnennachfrage, die Kostenstruktur und der Sog der Importe aus Niedriglohnländern. Das Resultat der insbesondere gegenüber den Entwicklungsländern schwindenden Wettbewerbsfähigkeit sind Stilllegungen und Insolvenzen von Textilunternehmen und ein schrumpfendes Beschäftigungsvolumen.

Das sinkende Arbeitsplätzepotential führte zu einem „Druck der Sozialpolitiker...“, die Friktionen des Strukturumbruchs mit staatlicher Hilfe zu glätten¹⁾. Ihrem Einfluß scheint die Wirtschaftspolitik in steigendem Maße zu erliegen. Die Textil-

industrie entwickelt sich zu einem Experimentierfeld staatlicher Interventionen und Subventionen, die den Wettbewerb verfälschen, private Verluste sozialisieren, die Strukturanpassung verzögern und den marktwirtschaftlichen Ausleseprozeß pervertieren.

Gebremstes Produktionswachstum

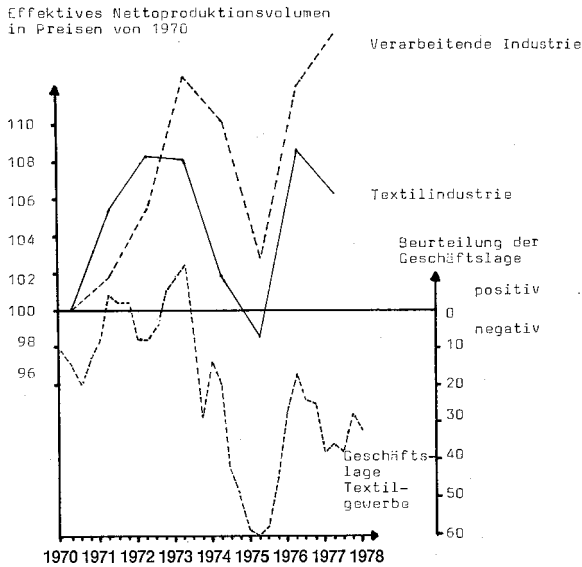
Die Textilindustrie gehört zu den unterdurchschnittlich expandierenden Branchen der Bundesrepublik Deutschland. Die textile Konjunktur verharrt seit Ende der 60er Jahre auf der „Schatten-seite“ der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung. Während die effektive industrielle Nettoproduktion der Verarbeitenden Industrie 1970 bis 1977 um durchschnittlich 2,1 % zunahm, wuchs das Nettoproduktionsvolumen der Textilindustrie nur um 0,9 % p. a. (vgl. Schaubild). Die negative Beurteilung der Geschäftslage seitens der Unternehmer des Textilgewerbes ist als Ausdruck dieser unbefriedigenden Branchenentwicklung nicht verwunderlich. Und auch bei den Wachstumsaussichten scheint eher eine gesunde Skepsis als Optimismus angebracht²⁾.

¹⁾ B. Kraemer, H. Otte: Textilindustrie in der Krise, in: Handelsblatt Nr. 202 v. 27./28. 10. 1978, S. 26.

²⁾ Vgl. U. Heilemann: Die sektorale Produktionsentwicklung 1961 bis 1985, in: RWI Essen, Mitteilungen, 29. Jg. (1978), H. 1, S. 38, 44 f.

Dr. Carsten Rohde, 29, ist wissenschaftlicher Assistent im Fachbereich 5, Wirtschaftswissenschaften, der Universität Essen.

**Schaubild:
Geschäftslage und Entwicklung
der Nettoproduktion in der Textilindustrie**



Quelle: R. Krengel u. a., a.a.O.; Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung, Spiegel der Wirtschaft 1978/79, Frankfurt/New York 1978.

Bemerkenswert ist jedoch, daß es der Textilindustrie gelang, einen überdurchschnittlich hohen Auslastungsgrad ihrer Produktionskapazitäten zu bewahren (Textilindustrie 1977: 93,0%; Verarbeitende Industrie 1977: 89,5%)³⁾.

Diese vergleichsweise hohe Kapazitätsauslastung wurde erkaufte durch eine drastische Minderung des Branchenproduktionspotentials, durch eine hohe Insolvenz- und Stilllegungsquote. Mit 9,33 Insolvenzen im Bereich Textil-, Bekleidungsgewerbe, Polsterei je 1000 Unternehmen lag die Insolvenzquote erheblich über jener des Verarbeitenden Gewerbes (ohne Baugewerbe) von 5,97⁴⁾.

Die Zahl der Textilunternehmen (mit mehr als 10 Beschäftigten) verminderte sich – laut Statistischem Bundesamt – von 2840 im Jahre 1970 auf zuletzt ausgewiesene 2286 im Jahre 1975.

Unterdurchschnittliche Nachfrageentwicklung

Wichtigste Ursache des gebremsten Wachstums der Textilindustrie ist die Entwicklung der Nachfrage nach Textilprodukten mit ihren Einflußfaktoren

Bevölkerungsentwicklung,

³⁾ Vgl. R. Krengel, E. Baumgart, A. Boness, R. Pischner, K. Droege: Produktionsvolumen und -potential, Produktionsfaktoren der Industrie im Gebiet der Bundesrepublik Deutschland, 20. Folge 1970–1977, Berlin 1978.

⁴⁾ Vgl. W. Naujoks, W. Langen: Anfälligkeit und Insolvenzhäufigkeit deutscher Unternehmen, in: WIRTSCHAFTSDIENST, 57. Jg. (1977), H. 2, S. 87.

⁵⁾ Vgl. H. P. Lössch: Gegenwärtige und zukünftige Entwicklungstendenzen der inländischen Textilnachfrage, in: W. G. Hoffmann (Hrsg.): Textilwirtschaft im Strukturwandel, Tübingen 1966, S. 234 ff.

Entwicklung des Pro-Kopf-Verbrauchs an Textilien⁵⁾.

Der durch die auch in naher Zukunft anhaltende Abnahme der Bevölkerung in der Bundesrepublik Deutschland und der wichtigen Absatzländer hervorgerufene Rückgang des Textilverbrauchs konnte nicht durch steigende Pro-Kopf-Ausgaben ausgeglichen werden. Denn trotz wachsender verfügbarer Einkommen und wachsender Verbrauchsausgaben der privaten Haushalte für die Lebenshaltung (von 1975 1801,21 DM auf 2082,86 DM 1977) expandierten die Ausgaben für Bekleidung (ohne Schuhe) und textilen Hausrat nur um 1,7% p. a.: Sie erhöhten sich um 6,— DM im selben Zeitraum⁶⁾.

Ökonometrische Untersuchungen⁷⁾ zeigen eine Ausgabenelastizität für textile Produkte von kleiner 1. Textilien sind demnach den einkommensunelastischen Verbrauchsbereichen zuzurechnen. Der Textilverbrauch wird damit auch in Zukunft hinter den Zuwachsraten der Verbrauchsausgaben (insgesamt) zurückbleiben. Er wird zudem wertmäßig schneller zunehmen als mengenmäßig⁸⁾.

Kostendruck und Rationalisierungsprozeß

Eine weitere, nicht minder wichtige Ursache der Wachstumsschwäche der westdeutschen Textilindustrie ist ihre schwindende internationale Wettbewerbsfähigkeit, Resultat einer mangelnden Flexibilität des textilen Managements – mehr noch aber der am Produktionsstandort Bundesrepublik Deutschland gegebenen hohen Produktions-, sprich Lohnkosten: 1975 lagen die westdeutschen Textillohne (gesamte Lohnkosten je Arbeiterstunde einschließlich Lohnnebenkosten) um 28% über denen der USA, um 78% über den Stundenverdiensten Japans und um 669% über jenen Hongkongs⁹⁾.

Entscheidender Ansatzpunkt zum Ausgleich dieser Kostendisparität ist die Strategie der Kapitalintensivierung, eine Strategie, die „durch Automatisierung die Lohnkosten zu senken und sich verstärkt Flexibilitätserfordernissen des Marktes anzupassen“ sucht¹⁰⁾.

Diesen Weg hat die Textilindustrie in der Vergangenheit sich zu gehen bemüht. Durch Rationali-

⁶⁾ Vgl. Die Textilindustrie der Bundesrepublik Deutschland im Jahre 1977, hrsg. v. Gesamtverband der Textilindustrie in der Bundesrepublik Deutschland, Frankfurt/M. 1978.

⁷⁾ Vgl. K.-D. Schmidt: Strukturwandlungen des privaten Verbrauchs in der Bundesrepublik Deutschland 1950–1985, Kieler Diskussionsbeiträge 47, Kiel 1976, S. 23, 26 f., 32.

⁸⁾ Vgl. E. Helmstädter: Die Zukunftsaussichten der europäischen Textilindustrie, in: Zeitschrift für allgemeine und textilen Marktwirtschaft, Jg. 1975, H. 4, S. 446 f.

⁹⁾ Vgl. H. Wienholt: Die Entwicklung des Welttextilmarktes aus der Sicht des Deutschen Einzelhandels, in: Außenhandelspolitik und Einzelhandel, Jubiläumsschrift anlässlich des 25jährigen Bestehens der Außenhandelsvereinigung des Deutschen Einzelhandels e. V., Frankfurt/M. 1978, S. 144.

¹⁰⁾ L. Scholz: Innovationspotential der Textilindustrie zur Überwindung von Struktur Anpassungsproblemen, in: ifo-Schnelldienst 1/1979, S. 12.

sierung und Automatisierung ist der Kapitalkoeffizient der Textilbranche von 1,79 im Jahre 1970 auf 1,87 im Jahre 1977 gestiegen. Nach Krenzel u. a. blieb er damit aber hinter der Erhöhung des Kapitalkoeffizienten des Verarbeitenden Gewerbes zurück. Da die Löhne und Gehälter zudem schneller stiegen als der Zuwachs an Produktivität, konnte trotz aller Rationalisierungsanstrengungen eine weitere Zunahme der Lohnstückkosten von 0,447 im Jahre 1970 auf 0,522 im Jahre 1977 nicht verhindert werden¹¹⁾.

Obwohl auch heute noch nicht alle Rationalisierungsreserven ausgeschöpft sind, dürfte es aufgrund des erreichten Automatisierungsniveaus zunehmend schwerer werden, einschneidende Kostensenkungen zu realisieren. Denn auch Skaleneffekte durch Massenproduktion sind, nach Scholz, weitgehend „ausgereizt“, und der Raum für durchschlagende technisch-organisatorische Systeminnovationen ist vermutlich begrenzt¹²⁾.

Importsog aus Niedriglohnländern

Das vorhandene Kostengefälle und die zunehmend auch von Entwicklungsländern angebotene hohe Qualität von Textilprodukten¹³⁾ führt ganz selbstverständlich zu einem Importsog billiger Textilgüter aus Niedriglohnländern: Erhöhte sich der Umsatz der westdeutschen Textilunternehmen von 1970 bis 1977 um nur 3,0%, so stieg der Anteil der Textilimporte insgesamt am Inlandsverbrauch von 24,7% 1970 auf 38,4% 1976; der Anteil der Importe aus Entwicklungsländern wuchs von 3,1% 1970 auf 5,4% 1976¹⁴⁾. Dieser Importdruck ist einerseits Ausdruck veränderter Produktionsbedingungen im Prozeß der internationalen Arbeitsteilung¹⁵⁾. Er ist andererseits aber auch Resultat einer Exportförderungs politik der Entwicklungs- und Staatshandelsländer, die an die Stelle „echter Kostenvorteile“ „wenig zimperliche Dumping-Praktiken“ setzt¹⁶⁾.

Der Ruf nach einer Anti-Dumping-Politik und Ausgleichssubventionen scheint trotzdem verfehlt. Denn zum einen ist die Textilindustrie der EG durch erhebliche protektionistische „barriers to entry“ vor Auslandskonkurrenz geschützt¹⁷⁾, zum anderen sind die vergleichsweise niedrigeren Kosten eben jener Drittländerkonkurrenten keineswegs allein oder zuallererst Ergebnis „unfairer“ Wettbewerbspraktiken. Sie sind vielmehr das Resultat konsequenter Ausnutzung der vorhandenen komparativen Kostenvorteile mit entwicklungspolitischer Unterstützung der Industrienationen.

Angesichts der skizzierten Rahmenbedingungen ist eine weitere Erhöhung der Textilimporte anzunehmen. Nach Berechnungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung, Berlin, führt aber

jede Milliarde Textilimporte aus außereuropäischen Entwicklungsländern zu einem Verlust von 3700 Arbeitsplätzen¹⁸⁾. Hinzu kommt, daß sich auch der Wettbewerb der EG-Textilunternehmen verschärft.

Beide Effekte zusammen bewirkten in der Vergangenheit einen Rückgang der Zahl der Beschäftigten in der westdeutschen Textilindustrie um 171 000 und werden auch in Zukunft das Arbeitsplatzepotential bedrohen. Dieser Beschäftigungsschwund ist aber Ausdruck und Konsequenz der Wandlungen der Wirtschaftsstrukturen im heimischen und europäischen Markt wie auch in der weltwirtschaftlichen Arbeitsteilung. In diesen Prozeß einzugreifen hieße, langfristig Wachstumsverluste hinzunehmen.

Die Brisanz der Arbeitskräftefreisetzung zeigt sich nicht global, sondern erst auf regionaler Ebene. Die (zumindest) kurzfristig hohe Immobilität der Beschäftigten und der Standort vieler Textilunternehmen in wenig entwickelten Regionen kann zu einem abrupten Anstieg der regionalen Arbeitslosenquote führen. So findet sich denn auch als Argument staatlicher Interventionen in den textilen Selektionsprozeß die Äußerung, daß es Erhöhungen der regionalen Arbeitslosigkeit zu verhindern gelte.

Staatliche Eingriffe in den textilen Wettbewerbsprozeß wurden in der Vergangenheit vor allem in den Bundesländern Bayern und Nordrhein-Westfalen verfügt, die – nach Auskunft des Gesamtverbandes der Textilindustrie e. V. – 1976 mit 72 822 bzw. 100 221 Beschäftigten zusammen mit Baden-Württemberg (108 027 Beschäftigte) mehr als 82% des Beschäftigtenpotentials in der Textilindustrie der Bundesrepublik Deutschland auf sich vereinten.

Wie die folgende Chronologie der 70er Jahre zeigt, war die staatliche Sanierungspolitik aber auch in Niedersachsen und Hessen aktiv.

Chronologie des Interventionismus

1974 Der zweitgrößte deutsche Hersteller von Feinstrumpf-Hosen, die seit Anfang der 70er Jahre im Besitz des Schweizer Textilkonzerns Schiesser

¹¹⁾ Vgl. R. Krenzel u. a., a. a. O.

¹²⁾ Vgl. L. Scholz, a. a. O., S. 14.

¹³⁾ Vgl. M. Koepen: Aufgezwungener Strukturwandel?, in: Textilmitteilungen, 34. Jg. (1979), H. 3. S. 3.

¹⁴⁾ Vgl. E.-J. Horn: Die Konsumgüterindustrien in einer „neuen“ Weltmarktordnung aus der Sicht der Wirtschaftswissenschaften, in: Außenhandelspolitik und Einzelhandel, a. a. O., S. 112.

¹⁵⁾ Vgl. G. Fels: Die Textilindustrie und das Theorem der Komparativen Kosten: Eine Erwiderung, Kieler Diskussionsbeiträge 27, Kiel 1973, S. 3.

¹⁶⁾ Vgl. H. Bössenecker: Dunkelrote Textilbilanzen in Sicht, in: Finanz und Wirtschaft v. 5. 6. 1976.

¹⁷⁾ Vgl. H. Wienholt, a. a. O., S. 150 ff.

¹⁸⁾ Vgl. DIW-Wochenbericht 1/1978.

befindliche Hudson Textilwerke GmbH, Stuttgart, erhält eine Bürgschaft der Länder Baden-Württemberg, Bayern und Berlin in Höhe von 15 Mill. DM¹⁹).

1975 Die Firma Reichel, Rheinberg, erhält knapp 10 Mill. DM zur Arbeitsplatzsicherung aus Mitteln des Landes Nordrhein-Westfalen.

1975/78 Der Glöggler-Konzern bricht zusammen. Die Tochterunternehmen werden mit öffentlicher Hilfe saniert.

Das Kapital der Val. Mehler AG, Fulda, wird von der HTB Textilbeteiligungs-GmbH (im Besitz der Bank für Gemeinwirtschaft sowie der Hessischen Landesbank) übernommen. Die Zuführung neuen Kapitals wird durch Landesbürgschaften gesichert.

Das Kapital der Erba AG, Erlangen, wird zu 50% von der Bayerischen Landesanstalt für Aufbaufinanzierung (LfA) übernommen; an der Sanierung sind ferner Gläubigerbanken und das Land Baden-Württemberg beteiligt. Die Banken verzichteten 1976 bis 1978 auf über 70 Mill. DM Forderungen.

Die AKS, Augsburg, geht ebenfalls zu 50% in den Besitz der LfA über.

Die Hornschuch AG, Weissach, Herstellerin von „skal“, „d-c-fix“ sowie von Textilprodukten, erhält vom Land Baden-Württemberg eine steuerliche Entlastung in Höhe von 15,6 Mill. DM²⁰).

Der F. H. Hammersen GmbH, Osnabrück, Tochterunternehmen des Dierig-Konzerns, wird eine Bürgschaft des Landes Niedersachsen in Höhe von 12 Mill. DM, eine Unterstützung der Hausbank von 3 Mill. DM sowie 1 Mill. DM von der Stadt Osnabrück gewährt. Die Unternehmung wird als Hammersen Textil-GmbH aus der Dierig-Gruppe ausgegliedert. Der Konzern räumt ihr ein langfristiges Darlehen von 2,5 Mill. DM ein und hält ferner eine längerfristige 5-Mill.-DM-Kreditlinie offen²¹).

1978/79 Sanierung des Textilkonzerns van Delden, Gronau. Das Land Niedersachsen gewährt der Tochterunternehmung Ludwig Povel & Co, Nordhorn, eine Bürgschaft von 20 Mill. DM. 1979 geht diese Unternehmung in Liquidationsvergleich. Nordrhein-Westfalen vergibt eine Bürgschaft über 45 Mill. DM an die Gerrit van Delden & Co OHG, Gronau.

Der Aufbau des van Delden-Konzerns erfolgte in den Jahren 1959 bis 1970. In dieser Zeit wurden nacheinander die Spinnerei Eilermark AG, Gro-

nu, die Crefelder Baumwollspinnerei, Krefeld, die Gebr. Laurenz Textilwerke, Ochtrup, die Ludwig Povel & Co, Nordhorn, die Spinnerei und Weberei M. van Delden & Co, Gronau, sowie die Maco-Spinnerei und Zwirnerei Walek & Co, Wiener Neustadt, erworben und Filialen in Brasilien sowie den USA gegründet²²).

Die HFI, Hanfwerke Füssen-Immenstadt AG entsteht als Füssener Textil AG, Füssen, neu. Ein Staatszuschuß von 2,3 Mill. DM, der Verkauf des Werkes Immenstadt sowie ein Zuschuß der Bundesanstalt für Arbeit über 0,8 Mill. DM begründen den Neuaufbau des bankrotten Unternehmens.

Die SWA Mechanische Baumwoll-Spinnerei und Weberei Augsburg, Augsburg, mußte 1976 (als einziges der Unternehmen) Konkurs anmelden. Es besteht Hoffnung, eine Auffanggesellschaft konstituieren zu können. Die Produktion läuft weiter²³).

1976 Die Spinnerei und Weberei Zell-Schönau AG, Zell im Wiesental (Aktienkapital: 12,5 Mill. DM; Produkt: Bettwäsche „irisette“), 1969 von der J. F. Adolff AG, Backnang (Aktienkapital: 18 Mill. DM) zu 95% übernommen, erhält eine Bürgschaft des Landes Bayern über 8,5 Mill. DM für Wechselverpflichtungen.

1976/77 Die Reorganisation der Kulmbacher Spinnerei, Kulmbach, wird durch Fördermittel des Landes Bayern (Investitionszulagen im Rahmen des Grenzlandprogramms) gestützt²⁴).

1978 Banken, Gewerkschaften und das Land Baden-Württemberg suchen nach Lösungen zur Sanierung der „notleidenden“ Adolff-Gruppe. „Hinter den Finanzanlagen (der J. F. Adolff AG, Backnang, C. R.) von 25,4 Mill. DM verbirgt sich die malade Zell-Schönau AG“²⁵).

1979 Neuordnung der Zell-Schönau AG (jetzt 49,9% bei der Manufaktur Koechlin, Baumgartner & Cie AG [KBC], Lörrach, 25% bei G. Drews, Schrozberg, und nunmehr 10% bei der J. F. Adolff AG). Die Spinnerei Atzenbach AG und die Spinnereierwerke Breisach und Schönau firmieren seit dem 1. Januar 1979 unter Spinnerei Atzenbach GmbH (Kapital 2 Mill. DM; 100% bei der Zell-Schönau AG)²⁶).

¹⁹) Vgl. Handelsblatt (HB) v. 5. 10. 1978 (Nr. 186), S. 15; HB v. 9. 10. 1978 (Nr. 188), S. 12; HB v. 12. 10. 1978 (Nr. 191), S. 10; HB v. 16. 10. 1978 (Nr. 193), S. 15; HB v. 23. 10. 1978 (Nr. 198), S. 15; HB v. 27./28. 10. 1978 (Nr. 202); HB v. 30. 10. 1978 (Nr. 203); HB v. 19./20. 1. 1979 (Nr. 14); HB v. 22. 2. 1979 (Nr. 38), S. 14; H. Blüthmann: Der Poker um Povel, in: Die Zeit v. 20. 10. 1978 (Nr. 43), S. 21.

²⁰) Vgl. C. Rohde: Auslese durch Insolvenzen – Zur Funktionsfähigkeit des marktwirtschaftlichen Sanktionssystems, Göttingen 1979, S. 96 ff.; J. J. Jeske: Was aus den Glöggler-Textilunternehmen geworden ist, in: FAZ v. 6. 2. 1979 (Nr. 31), S. 15.

²¹) Vgl. Handelsblatt v. 26. 4. 1977.

²²) P. Mörner, H. Raithel: Zuviel auf Sand gebaut, in: Manager Magazin, H. 3/1978, S. 25 ff., hier S. 32.

²³) Vgl. Textilmitteilungen, 34. Jg. (1979), H. 5, S. 1.

¹⁹) Vgl. Wirtschaftswoche Nr. 37 v. 6. 9. 1974, S. 72 f.

²⁰) Vgl. Handelsblatt Nr. 162 v. 1./2. 9. 1978, S. 16.

²¹) Vgl. Handelsblatt Nr. 224 v. 30. 11. 1978, S. 15.

Bei der wirtschaftspolitischen Beurteilung der skizzierten Interventions- und Sanierungsaktivitäten sollte berücksichtigt werden, daß die Zahl staatlicher Eingriffe nichts aussagt über Intensität und Wettbewerbswirksamkeit der Maßnahmen. Es fällt allerdings schwer, angesichts der sich häufenden Sanierungsaktionen von „peripheren“ Eingriffen zu sprechen, die den Wettbewerb im wesentlichen unbeeinflusst lassen. Die Eigendynamik der Marktregulierungen bewirkt vielmehr, daß neue Reglementierungen ergriffen werden müssen („Ölflecktheorie“).

Zum anderen soll nicht der Eindruck entstehen, daß staatliche Sanierungsaktivitäten stets anti-marktwirtschaftlich seien. Auch dem Staat kann die Berechtigung zur Wahrung seines Gläubigerinteresses bei Unternehmenszusammenbrüchen nicht abgesprochen werden. Die staatliche Sanierungspolitik kann zudem auch dann gerechtfertigt sein, wenn es einen Beschäftigungseinbruch in eine stetigere Arbeitskräftefreisetzung zu transformieren gilt. Die Einflußnahme des Staates darf jedoch nicht zu einer Vermachtung des Sanierungsprozesses führen, zu einer Dominanz über die privatwirtschaftlichen Sanierungskalküle durch Einsatz von Steuergeldern.

Interesse der Allgemeinheit?

Die These, öffentliche Sanierungspolitik diene der Sicherung vom Konkurs bedrohter Arbeitsplätze und damit einem „gesamtwirtschaftlichen Interes-

se“, ist hingegen falsch. Denn das anonyme „Interesse der Allgemeinheit“ besteht in einer Marktwirtschaft nicht in regionalen, arbeitsmarktpolitischen, sondern in wettbewerbspolitischen Erwägungen. Es gilt die Funktionsfähigkeit des Auslesemechanismus im Wettbewerb zu bewahren, nicht aber zu stören. Zudem ist die externe Sanierung mit Hilfe des Steuerzahlers eine Diskriminierung all jener Unternehmen, die, gemäß dem marktwirtschaftlichen Postulat der Risikoträgerschaft, rechtzeitig einen Vergleich anstreben oder einen eigenen, internen Weg zur Sanierung suchen (und auch gefunden haben, wie das Beispiel der Nino AG, Nordhorn, zeigt).

Einem Strukturwandel, der auch kapazitätsmäßige Anpassungen fordert, kann auch eine öffentliche Sanierungspolitik, die am Markt gescheiterte Unternehmen erhält, auf Dauer nicht entgegenwirken. Die Wirtschaftspolitik wie auch die Unternehmen haben sich vielmehr dem durch den Markt gesteuerten Strukturwandel zu stellen. Dies bedeutet Unterstützung der Faktortransformation in neue, produktivere Verwendungen, also Schaffung neuer Arbeitsplätze, aber nicht Bewahrung wettbewerbsunfähiger Kapazitäten. „Jede Intervention staatlicherseits in die marktwirtschaftliche Risikollokation bedarf... (deshalb; C. R.) der besonderen ordnungspolitischen Aufmerksamkeit, jede Durchbrechung des Prinzipes der Prüfung“²⁷⁾.

²⁷⁾ Chr. Watrin: Grenzen der Staatstätigkeit: Das Beispiel der vorausschauenden und der lenkenden Strukturpolitik, in: H. B e s t e r s (Hrsg.): Strukturpolitik – wozu?, Gespräche der List Gesellschaft, N. F., Bd. 3, Baden-Baden 1978, S. 119, 125 f.

VERÖFFENTLICHUNGEN DES HWWA-INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG-HAMBURG

NEUERSCHEINUNG

Henry Krägenau

INTERNATIONALE DIREKTINVESTITIONEN

– Ergänzungsband 1978/79 –

Mit diesem Band wird die Berichterstattung des HWWA-Instituts zur Auslandsinvestitionstätigkeit fortgesetzt. Er stellt die jüngste Ergänzung zum statistischen Ausgangswerk „Internationale Direktinvestitionen 1950–1973“ dar. Aufgrund neuer amtlicher Erhebungsergebnisse sind die dort enthaltenen Datenreihen zum Teil erheblich revidiert worden. Eine Auswahlbibliographie amtlicher und nichtamtlicher Quellen für statistisches Material bildet den Abschluß dieser informativ aufbereiteten Datensammlung über die Investitionstätigkeit von Unternehmen aus 14 wichtigen Industrieländern im Ausland und entsprechende Investitionen in diesen Ländern.

311 Seiten, 1979, Preis brosch. DM 35,—

ISBN 3-87895-181-7

V E R L A G W E L T A R C H I V G M B H - H A M B U R G